

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Eduard Saden, Dresden.
Herausgeber: Arbeiter, Angestellte
und Beamten u. a. Dresden.
Gedruckt von Saden & Comp., Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Das Blatt von Erwerbungen irgendwelcher Art ist es durch eine solche höhere Gewalt, bei der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abbestellung: einwöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 2 Mark, jährlich 4 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinplatz 10, Fernsprecher Nr. 5261. Dresden.
Lagerung: Wettinplatz 10, Fernsprecher Nr. 5261 und 12707.
Verlagspreis: von 1 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abbestellung: Grundpreis, die 30 mm breite Reklameweile 200 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 40 Pfennig, für 20 mm breite Reklameweile 100 Pfennig, für 15 mm breite Reklameweile 50 Pfennig, für 10 mm breite Reklameweile 25 Pfennig. Für Kleinanzeigen 10 Pfennig.

Nr. 282

Dresden, Dienstag den 4. Dezember 1928

39. Jahrg.

Der Rückzug der Reichsregierung

Von Tony Sender, M. d. R.

Vier Wochen lang standen die Metallarbeiter des Reichs in einem ihnen durch die Unternehmer aufgelegten Kampf; vier Wochen lang war neben der gewaltigen Arbeiterklasse ein großer Teil der öffentlichen Meinung davon überzeugt, daß es sich um ein rechtswidriges Vorgehen der Arbeitgeber handelte, daß ihre Forderungen gegen das Schlichtungswesen und insbesondere gegen die Mitwirkung des Staates beim Zustandekommen von Tarifverträgen. Vier Wochen lang stand die Sympathie der Bevölkerung mehrheitlich auf der Seite der Arbeiterklasse, auf der Seite der Opfer der Unternehmerrückzug, die sich an die Seite des Staates gestellt und um die Einhaltung der Staatsautorität gekämpft hatten.

Selten war die Rechtslage so klar. Ein für verbindlich erklärter Schiedsspruch, für verbindlich erklärt durch die höchste Instanz, den Reichsarbeitsminister, der gültige Recht geschaffen hat, wurde einfach beiseite geschoben von den Unternehmern. Und vor wenigen Tagen entschied das Bundesarbeitsgericht, daß Schiedssprüche wie Verbindlichkeitsverträge zu Recht erlassen werden können.

Im Namen der Reichsregierung hatte Genosse Wiffell in einer Reichstagsrede ausdrücklich erklärt:

„Wann in der Presse und in öffentlichen Erklärungen verlässliche Persönlichkeiten gesagt werden, die Reichsregierung wolle etwas zwischen den Parteien vermitteln, so glaube ich, daß die Reichsregierung eine beratende Vermittlung bis zur Klärung der Rechtsfrage nicht in Betracht kommen kann. Wie ich bereits dargelegt habe, habe ich auf dem Standpunkt, daß durch den für verbindlich erklärten Schiedsspruch ein rechtsverbindlicher Tarifvertrag zustande gekommen ist. Dieser ist natürlich zu erfüllen.“

Das waren klare, unabweidende Worte. Der Minister hat eine Vermittlung der Reichsregierung ab mit der Erwartung, daß ein rechtsgültiger Tarifvertrag natürlich zu erlassen ist.

Das Bewußtsein, daß das Recht unbedingt auf der Seite der Arbeiterschaft sei, war so stark eingedrungen, daß zum erstenmal im Deutschen Reichstag Mittel zur Unterstützung ausgehender Arbeiter bereitgestellt wurden.

Es tritt plötzlich die Regierung mit dem Beschluß her, eine Persönlichkeit mit der Schlichtung des Konfliktes zu betrauen. Severing sollte dieser neue Schlichter sein. Der sozialdemokratische Reichsinnenminister sollte noch einmal die bereits rechtsmäßige Entscheidung des sozialistischen Reichsarbeitsministers entscheiden. Und die Wahrung der Staatsautorität, der rechtsgültige Tarifvertrag, die Zurückführung des Tarifrechts auf den Staat? Was das vier Wochen lang im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehende Kampfobjekt plötzlich nichtig geworden?

Man kennt vorläufig die klaren Gründe für die Entscheidung nicht. Auch die Fraktion kennt sie nicht. Sie ist überhaupt nicht gehört worden, ebenso wenig wie die Gewerkschaften. Das einzige, was zur Unterstützung angeführt wurde, war, daß man von einer neuen Kampfbewegung für schwere politische und wirtschaftliche Gefahren fürchte. Solche Gefahren konnte man freilich schon im Verlauf des Kampfes absehen; um ihnen zu begegnen, war wohl der geeignete Weg, den Reichsminister mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Das mindeste wäre darum die Abklärung des sozialistischen Antrags gewesen, der die vom Reichsminister unterstützten Mittel von den schädlichen Unternehmern rückerheben wollte.

Kollegen Severings ihn ablehnen? Wohl selten war eine Körperlichkeit in eine solche unerträgliche Zwangslage gebracht worden, wie die Reichskonferenz des Metallarbeiterverbandes. Nur so verständlich, daß die Wogen hoch gingen, daß starke Erbitterung aufkam; aber auch verständlich, daß sich schließlich eine Mehrheit für die Unterwerfung unter die Entscheidung fand. Wenn die Reichsregierung selbst nicht mehr den Kampf um die Wahrung der Staatsautorität will, nachdem durch dieses Vorgehen die Kampffront der Arbeiter durch die Zustimmung der Christen und Kirche gesprengt war, blieb ihnen nichts anderes übrig, denn allein hätten sie bei dem Organisationsverhältnis im Revier den Kampf nicht fortführen können.

Man täusche sich aber nicht über das Resultat solcher Taktik: Die Reichsregierung ist vor dem Tessor der Unternehmern zurückgewichen. Gültiges Recht war geschaffen; aber die Ruhrdarone, als Vorkämpfer der deutschen Arbeiter, haben das öffentliche Schlichtungswesen, sind entschlossen, sich ihm nicht zu unterwerfen. Sie haben ihren Willen durchgesetzt — der gültige Schiedsspruch ist kein praktisches Recht geworden.

Wer will es fortan noch wagen, vor die Arbeiter hinstreten, von ihnen verlangend, sie müßten einen ihnen nicht genehmen Schiedsspruch, der für verbindlich erklärt ist, respektieren? Allein der Zustand der Rechtsungleichheit wird noch unerträglicher dadurch, daß bei Mißachtung eines für verbindlich erklärten Schiedsspruchs durch die Arbeiter keine Strafuntersuchung geahndet werden darf und dann der Hunger die beste Waffe gegen eine solche Mißachtung verbindlichen Rechts durch die Arbeiter ist. Den Sozialdemokraten unter den Direktoren und Syndikats freilich winkt keine Hungerpein, ihr Gehalt läuft unverändert auch in Zeiten der Aussperrung weiter. Hier ist die Stelle, an der der Hebel der Befrei-

gebung einzusetzen hat, soll nicht das ganze Schlichtungswesen zum Teufel gehen!

Zum Schluß aber muß ein offenes Wort ausgesprochen werden: Es ist für die Partei schlechterdings unerträglich, daß die wichtigsten und folgenschwersten Regierungshandlungen ohne jede Prüfungnahme mit der Reaktion erfolgen und dadurch der Partei Wunden über Wunden geschlagen werden. Ueber der Koalition steht uns die entscheidende Wahrung der Arbeiterinteressen. Kann man die in der Regierung nicht durchsetzen, so bleibt uns die starke Opposition als Rechtstellung, während die anderen versuchen müssen, mit Engenbergs zu regieren!

Wann kommt der neue Schiedsspruch?

Der Reichsminister des Innern, Severing, der am Montag zwecks Information über die Wirtschaftslage im Ruhrgebiet nach Düsseldorf gereist ist, wird voraussichtlich am Mittwoch nach Berlin zurückkehren. Der neue Schiedsspruch dürfte jedoch frühestens erst im Laufe der nächsten Woche gefällt werden.

Die Vorbereitungen zur Arbeitsaufnahme

Düsseldorf, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Vorbereitungen zur Wiederinbetriebsetzung der Werke der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie sind in vollem Gange. Bis zur Wiederinbetriebsetzung der gesamten Belegschaften in den Hütten- und Walzwerken dürfte es acht bis zehn Tage dauern, während die weiterverarbeitende Industrie in zwei bis drei Tagen die Tätigkeit in vollem Umfang aufgenommen haben dürfte.

Essen, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Firma Krupp hat am Montag mit der Inbetriebung der Kesselanlagen begonnen. Es wird damit gerechnet, daß drei Viertel der gesamten Belegschaft am Dienstag feil die Arbeit wieder aufnehmen kann. Die Belegschaften der Feuerbetriebe werden wahrscheinlich erst Ende der Woche wieder in Tätigkeit treten können.

Die Firma hat sich inzwischen bereit erklärt, ihren Arbeitern Vorschüsse zu gewähren und die fälligen Mietbeträge in den fabriktreuen Häusern soweit als möglich zu stunden.

Passive Resistenz in Oesterreich

Lähmung der Post

A. SP. D. Wien, 2. Dezember. (Eig. Draht.) Die passive Resistenz (der lärmende Widerstand) der Postangehörigen hat auf die Leistungsfähigkeit eines außerordentlich hohen Einbruch gemacht. Die Postämter liegen fast gänzlich still. Auf dem Hauptpostamt lagern allein mehr als 500 000 Stück Postsendungen.

Die Frage, wann der passive Widerstand abgebrochen wird, hängt von der Stellungnahme des Kabinetts zu den Gehaltsforderungen der Angestellten ab. Inzwischen hat sich die Situation durch eine Reihe von Bundesanträgen verschärft. Seipel hat in seinen Ausführungen für den Fall von Sabotageakten mit scharfen Maßnahmen gedroht. Er hat diese Drohung ausgeführt, ohne daß Sabotageakte vorliegen und obwohl die Leitung der Bewegung bereits am Sonntag ausdrücklich vor Sabotageakten gewarnt hat.

Was bedeutet passive Resistenz?

So hat also in der Nacht vom Sonntag zum Montag in Oesterreich die „passive Resistenz“ der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten begonnen. Alle Organisationen haben mit den beiden großen freien Gewerkschaften, der „Postgewerkschaft“ und der „Technischen Union“, die Forderung für ein dreizehntes Monatsgehalt und einen Zuschuß in der Höhe eines halben Monatsgehalts in der Urlaubs- und in der Weihnachtszeit erhoben, ohne daß sie die österreichische Staatsregierung einer Antwort für würdig befunden hat.

Was bedeutet „passive Resistenz“ bei Post und Telephon? Der Wiener weiß das sehr genau. Am ersten Tag läuft die Post nach so leidend mit einer Verzögerung von einem zu anderen Gang. Die Telephonanschlüsse werden zwar noch hergestellt, aber erst nach qualvollen Minuten des Wartens. Die Telegramme funktionieren leidend. Am zweiten und dritten Tag aber setzt bereits das große Chaos ein. Die Briefe und die Pakete häufen sich in den Postfördern zu Bergen. Das Telephonieren ist vergebliche Liebesmüh.

Selbstverständlich bleibt die Postbeamten- und die Angestelltenchaft ganz im Rahmen ihrer dienstlichen Pflicht. Im Gegenteil: die dienstliche Pflicht wird erst wirklich einmal „genau nach Vorschrift“ durchgeführt. Alles Vorgeschriebene wird aus peinlichster Beachtung, so daß die Genauigkeit in Dienste geradezu Dämon feiert. Aber es geht eben langsam. Nur ein Viertel der Arbeit kann bewältigt werden. In zwei Tagen ist alles dann so verstört und verfaßt, daß die Führung des Betriebes erreicht ist. Aber im Kleinen wird vollkommen „genau gearbeitet“.

Die „Technische Union“ hat ein Flugblatt

herausgegeben, das mit scharfen Worten zur peinlichsten Pflichterfüllung auffordert! Jede Verweigerung, jeder Konflikt, jede — Arbeitsunterbrechung ist zu vermeiden. Differenzen müssen sofort vom Vertrauensmann geschlichtet werden. Der Spitzenverband der österreichischen Gewerkschaften unterstützt die Aktion der Postangestellten.

Die „passive Resistenz“ ist, wenn sie beharrlich durchgeführt wird, ein sicher wirkendes Mittel. Sie setzt die Not der Angestellten in den Brennpunkt des ganzen Lebens. Sie wird auch jetzt von Erfolg begleitet sein.

Reichsbahn und Achtfundentag

D. Berlin, 4. Dezember. (Eig. Funk.) Die Reichsbahn hat kürzlich mit einer neuen Tarifserhöhung gedroht für den Fall, daß die wöchentlich achtstündige Arbeitszeit eingeführt werde. Die deutschnationale Reichstagsfraktion unterstützt diese Aktion gegen den Achtfundentag durch folgende Interpellation:

1. Was ist der Reichsregierung von den in dem Bericht des Verwaltungsrates erwähnten Wünschen auf Wahrung der Arbeitszeit bekannt?
2. Billigt die Reichsregierung die Absichten?
3. Welche Stellung nimmt die Reichsregierung zu den von der Reichsbahn für ihren Betrieb erforderten finanziellen Mehraufwendungen und den dadurch notwendig werdenden weiteren Tarifserhöhungen ein?
4. Ist es richtig, daß die Reichsbahn eine gewisse Wiederrückführung der Arbeitszeit bereits eingeführt hat, wodurch eine Verbesserung der Postbedingungen um mehrere tausend und eine Jahresbelastung um viele Millionen Mark eingetreten sein soll?

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft und die deutschnationale Reichstagsfraktion betreiben gemeinsam ein reaktionäres Spiel, wobei einer dem anderen den Ball zuwirft.

Massenentlassung von Behördenangestellten?

D. Eine sonderbare Arbeitsmarktpolitik wird nach bürgerlichen Berechnungen von einigen hunderttausend Leuten des Zentrums im Reichstag verfolgt. Sie fordern, wie verstanden, daß zur Entlastung des Staats auf Parteigebundene Beamte wieder eingestellt und dafür Behördenangestellte entlassen werden.

Ist das Arbeitsmarktpolitik für ältere Angestellte? Das Reichsarbeitsministerium hat wiederholt gefordert, daß die älteren Angestellten von den Reichsämtern bevorzugt beschäftigt werden sollen. Von dieser Bevorzugung hat man bis jetzt kaum etwas gemerkt. Und nun — ausgerechnet im Winter — auch noch Massenentlassungen von Behördenangestellten?